

Verkehrsschau soll Klarheit bringen

Lösungen gesucht, um Einmündung der L437 aus Richtung Gimsheim in die B9 zu entschärfen

Von Manfred Janß

GIMBSHEIM/ALSHEIM. Immer wieder berichtet die WZ von schweren Unfällen auf der B9, dieses Jahr sogar schon zwei Mal mit tödlichem Ausgang. Besonders unfallträchtig ist die Einmündung der L437, die aus Richtung Gimsheim kommt, in die B9. Dort kracht es besonders häufig. Eine Lösung gibt es bislang nicht.

Der CDU-Ortsverband Gimsheim hat sich nun in einem offenen Brief an den CDU-Bundestagsabgeordneten Jan Metzler (bei der B9 handelt es sich um eine Bundesstraße), Landrat Ernst Walter Görisch, Verbandsbürgermeister Maximilian Abstein und den Leiter des Landesbetriebs (LBM) in Worms, Bernhard Knoop, gewandt. Darin bittet der CDU-Ortsverband um Unterstützung.

Lange Rückstaus sollen vermieden werden

Bei einem „runden Tisch“ solle mit Fachleuten des LBM sowie Vertretern der Kreisverwaltung und Ortsgemeinden diskutiert werden, welche Möglichkeiten es gibt, die Einmündung zu entschärfen, beispielsweise durch technische Mittel oder Veränderung der Verkehrsführung. Ziel soll auch sein, das Abbiegen auf die B9 zu beschleunigen, um lange Rückstaus zu vermeiden, die dazu führten, dass Stress entstehe, der zu riskantem Abbiegen verleite. Auch zu hohes Tempo auf der B9, die zwischen Mettenheim und Guntersblum kerzengerade ist, spielt für die Gimsheimer Union eine Rolle. Regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen hält sie für sinnvoll.

Der Gimsheimer CDU-Vorsitzende Thomas Manns sieht aber noch ein anderes Problem. Die Einmündung aus



Zwar kein klassischer Unfallschwerpunkt, aber doch besonders unfallträchtig: die Einmündung der L437 in die B9. Archivfoto: pa/Pakalski

Alsheim und Gimsheim liegen nur 200 Meter auseinander. Zwar kracht es an der Einmündung Alsheim, die von der 2007 eingeweihten Nordumgehung kommt, nicht so oft wie an der nach Gimsheim, aber immer noch oft genug. „Es ist damals versäumt worden, die Verkehrsführung so zu legen, dass die Umgehung gegenüber der Einmündung nach Gimsheim auf die B9 trifft. Dann hätte man eine ampelgesteuerte Kreuzung bauen können, so, wie es zwischen Osthofen und Rheindürkheim eine gibt“, bemängelte der CDU-Vorsitzende

gegenüber der WZ. In der Tat gibt es dort ebenfalls hin und wieder Unfälle, aber längst nicht so viele wie in Gimsheim.

Das sieht auch VG-Chef Maximilian Abstein so. Er berichtete der WZ, dass es vor etwa sechs Wochen intern bereits einen „runden Tisch“ gegeben habe. Vertreter aus der VG, den Ortsgemeinden Gimsheim und Alsheim sowie der Feuerwehr, die bei Unfällen immer gerufen wird, hatten sich dazu getroffen. Das Ergebnis hatten sie Jan Metzler in einem offenen Brief mitgeteilt. Außerdem

hatte die VG von der Polizei eine Unfallstatistik der letzten Jahre angefordert. „Wir wollen gemeinsam mit LBM und Polizei eine Verkehrsschau vor Ort machen und uns die Situation dort anschauen. Dann wollen wir von den Fachleuten hören, was man machen könnte. Wir haben beispielsweise überlegt, ob es helfen würde, wenn nicht mehr zwei Fahrzeuge gleichzeitig abbiegen können, damit die Sicht besser wird, oder die Abbiegespur aus Richtung Worms verlängert würde. Aber das müssen die Fachleute entscheiden“, er-

klärte Maximilian Abstein. Zunächst aber wolle man die Reaktion aus Berlin abwarten.

Wie in der WZ berichtet, soll die Einmündung Guntersblum Süd in die B9 durch einen provisorischen Kreisels entschärft werden. Er könnte auch die Einmündung der K53 aus Gimsheim mit einbinden. Dieser Entscheidung vorausgegangen war ein „runder Tisch“ mit Vertretern der Gemeinde, des LBM, des Landkreises, der VG und der Polizei. Nach einer Testphase soll entschieden werden, ob das Provisorium zur Dauerlösung wird.